

Mainzer Erklärung



Mainz, am 4. April 2019.

Offener Brief an die deutsche Kanzlerin, die deutsche Regierung und den deutschen Bundestag.

- **Verbieten sie Sexkauf und Bordellbetrieb!**
- **Bieten Sie den Opfern der Prostitution echte Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten!**
- **Beenden Sie umgehend die staatlich geförderte sexuelle Ausbeutung von Frauen, die die Menschenwürde und Deutschlands Verpflichtungen unter internationalen Menschenrechtsgesetzen verletzt!**

Wir, deutsche und internationale Überlebende der Prostitution und des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, Nichtregierungsorganisationen, die unmittelbar und direkt die Opfer dieser Verbrechen unterstützen, Aktivistinnen und Aktivisten für Menschen- und Frauenrechte, Organisationen und Bewegungen, die alle Formen sexueller und sexistischer Gewalt bekämpfen, sind durch die deutsche Gesetzgebung und öffentlichen Ansätze zur Prostitution schockiert, verletzt und zutiefst erschreckt. Seit 2002 hat Deutschland ein System massiver sexueller Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen an den ärmsten und gefährdetsten Frauen organisiert und geschützt.

Anlässlich des [3. Weltkongresses](#) gegen die sexuelle Ausbeutung an Frauen und Mädchen in Mainz versammelt, rufen wir die deutsche Kanzlerin, die Regierung und den Bundestag feierlich dazu auf, der staatlich geförderten sexuellen Ausbeutung der gefährdetsten Frauen sofort ein Ende zu bereiten.

Um dies zu erreichen, fordern wir die deutsche Regierung dazu auf:

- ihren internationalen Verpflichtungen durch die Kriminalisierung der Ausbeutung der Prostitution einschließlich des Bordellbetriebs und jeglichen Profits aus der Prostitution anderer nachzukommen;
- anzuerkennen, dass die Bezahlung sexuellen Zugangs zum Körper einer anderen Person wegen deren finanzieller Nöte und nicht deren körperlichen Begehrens eine Form sexueller und sexistischer Gewalt darstellt und den Kauf von Sex zu verbieten;
- sicherzustellen, dass prostituierten Individuen weder Strafen noch besondere Kontrollen oder Registrierungen auferlegt werden, da diese für ihre eigene Ausbeutung weder Strafen noch Kontrollen unterworfen sein sollen;

- auf Bundesebene Richtlinien zum Ausstieg aus der Prostitution mit ausgestatteten Programmen einzuführen, die den Opfern der Prostitution und des Menschenhandels Schutz, Begleitung, sowie soziale und finanzielle Unterstützung bieten. Diese Programme müssen Sozialwohnungen, Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Opfer, medizinische und psychologische Gesundheitsversorgung, Bildung und Zugang zu Berufsmöglichkeiten enthalten;
- die Verantwortung des deutschen Staates für die sexuelle Ausbeutung mehrerer hunderttausender Frauen anzuerkennen und den Opfern der Prostitution und des Menschenhandels, deren Ausbeutung in den deutschen, staatlich zugelassenen Bordellen durch die Gesetzgebung zur Prostitution in der Jahre 2002 und 2017 erlaubt und gefördert wurde.